

Zukunft der Stadtwerke unter fremder Flagge?

Soll eine Stadt in der Daseinsvorsorge unternehmerisch tätig werden? — Streit um die Prozente — Was soll die Geheimniskrämerei?

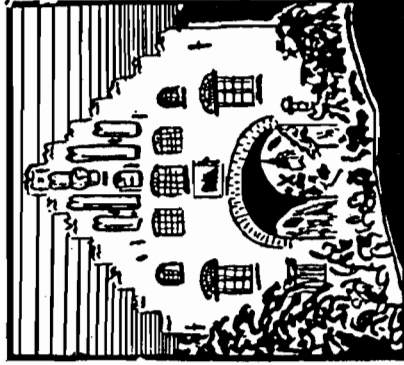
Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg hat pauschal die Ermächtigung erteilt, die Stadtwerke in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umzuwandeln. Wir berichteten darüber bereits ausführlich. Heute wollen wir versuchen, einige der Hintergründe aufzuhellen beziehungsweise ein bißchen Licht in die dunkelsten Ecken zu bringen, wenigstens anzuleuchten.

Ratsherr Uwe C. Hansen hat als das Müllkompostwerk im als Sprecher der CDU-Ratsfraktion am deutlichsten und nicht ohne jegliche Verbrämung gesagt, was der Anlaß zu dieser Entscheidung ist: Es ist kein Steuertrick, so sagte Ratsherr Hansen, sondern es ist eine unternehmerische Entscheidung.

Und da niemand dem Widersprochen hat — auch nicht von den Sesseln links im Ratssaal, wo die SPD sitzt — hat die ganze Ratsversammlung einstimmig gebilligt, daß die Stadt Flensburg künftig auch im Bereich der Daseinsvorsorge unternehmerisch tätig wird. Unernehmerisch tätig werden, heißt maximale Profite erwirtschaften. Künftig wird also die Stadt offiziell an Strom und Fernwärme bares Geld verdienen.

Noch in unseren Ohren ist der heftige und lautstarke Widerspruch der SPD-Fraktion, teilen« der Ausflagung bei

den Stadtwerken aus? Wie Stadtrat Helmut Schumann in einer Rede von der Ratsversammlung feststellte, führen die Stadtwerke im kommenden Jahr rund 12,5 Millionen Mark an die Stadtkasse ab. Dieser Betrag setzt sich aus der Gewerbesteuer, der Konzessionsabgabe und dem so-



nannten Jahres-Uberschuß zusammen.

Die Stadt Flensburg hat ihren Stadtwerken ein Kapital von rund 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Es bedarf keiner allzu großen Rechenkunststücke festzustellen, daß 12,5 Millionen Mark etwas mehr als 20 Prozent sind, und daß nach fünf Jahren die 60 Millionen Mark kräftig zurückgezahlt sind. Nein — natürlich nicht bilanztechnisch und

schon gar nicht unternehmerisch, sondern nur in Wirklichkeit.

Bilanztechnisch spielt nämlich nur der sogenannte Jahresüberschuß von gut zwei Millionen Mark eine Rolle. Und der bedeutet eine Verzinsung des Stammkapitals von rund 3,4 Prozent. Und das ist den Betreibern der Ausflagung viel zu wenig: »Meine Damen und Herren, eine Verzinsung von 3,4 Prozent kann sicherlich nicht als privatwirtschaftlich orientiertes Gewinnstreben ausgelegt werden und dürfte sicherlich eindeutig unterm liegen, was man allgemein als gemeinwirtschaftliche Verzinsung ansieht«, sagte Stadtrat Schuman in seiner Rede.

Und weil da gleich der nächste Satz interessant ist, soll er gleich mitzitiert werden: »In öffentlichen Erklärungen enthaltenen Aussagen, daß zur Erzielung eines »Gewinns die monopolistische Stellung der Stadtwerke bei der Strom-, Fernwärme und Wasserversorgung ausgenutzt wird, ist schlichtweg falsch, verleumdend und soll nach meiner Auffassung lediglich dazu dienen, die Flensburger Bürger in Unruhe zu versetzen.«

Was ist eine Kapitalverzinsung denn anderes als Gewinn? Und die Streitfrage, was gemeinwirtschaftliche Verzin-

sung« bedeutet, dürfte von der Neuen Heimat bis zum nächsten Versicherungskonzern häufig genug geklärt worden sein.

ÖFFENTLICH ODER NICHT?
In den Reden und auf der Pressekonferenz sind viele vollmundige Absichtserklärungen laut geworden. Wollen wir einige davon abklopfen: »Es ist gewährleistet, daß der Jahresabschluß, soweit nicht andere Rechtsvorschriften entgegenstehen, entsprechend den Vorschriften des Aktienrechts aufgestellt, geprüft und festgestellt wird.« Ende des Zitats. Mit keinem Wort ist die Rede davon, ob der Jahresabschluß künftig auch veröffentlicht wird, wie es bei einer Aktiengesellschaft die Pflicht ist.

Weiteres Zitat: »Die größere unternehmerische Flexibilität führt zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Energiebeschaffungsmärkten.« Welche große unternehmerische Flexibilität, wenn doch immer wieder versichert wird, es bleibt alles so, wie es ist, nur das Etikett wird geändert? Weiteres Zitat: »Die Rechtsform der Gesellschaft ermöglicht eine günstigere Gestaltung der bereits bestehenden interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden.« Auf unsere Frage, was das bedeutet, schwieg Herr Schumann auf der Pressekonferenz. Bürger bekamen auf Anfrage zu hören, daß bei einer Ausdehnung der Stadtwerke — zum Beispiel bei der Fernheizung — größere Wirtschaftlichkeit zu erzielen sei, daß man besser mit der Schleswig und den Gemein-